

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 26.06.2020
Sitzungsbeginn: 16:42 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Ort, Raum: Sporthalle Georg-Gaßmann-Stadion, Leopold-Lucas-Str. 46, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher-Dutton - SPD
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Frau Myriam Hövel - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Frau Anna Zels - SPD
Herr Dirk Bamberger - CDU
Herr Oliver Hahn - CDU
Herr Hermann Heck - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Frau Anita Kaufmann - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Lars Küllmer - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Herr Stefan Oberhansl - CDU
Herr Roger Pfalz - CDU
Frau Runhild Piper - CDU

Herr Hans-Martin Reissner - CDU
Frau Karin Schaffner - CDU
Herr Jens Seipp - CDU
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
Herr Roland Stürmer - B90/Die Grünen
Herr Uwe Volz - B90/Die Grünen
Frau Renate Bastian - Marburger Linke
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke
Herr Roland Böhm - Marburger Linke
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke
Frau Inge Sturm - Marburger Linke
Herr Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke
Frau Stefanie Wittich - Marburger Linke
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL
Herr Roland Frese - BfM
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

bis 20:00 Uhr (TOP 15.1)

Magistratsmitglieder

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP/MBL
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Herr Heinrich Löwer - SPD	- entschuldigt -
Frau Sonja Sell - SPD	- entschuldigt -
Herr Gerald Weidemann - SPD	- entschuldigt -
Herr Manfred Jannasch - CDU	- entschuldigt -
Herr Jan von Ploetz - CDU	- entschuldigt -
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	- entschuldigt -
Frau Gabriele Mensing - BfM	- entschuldigt -

Protokoll

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht vorgebracht.

Die Stadtverordnetenvorsteherin weist im Weiteren auf die bestehenden Hygiene- und Abstandsregelungen hin und bittet um deren Beachtung.

Im Anschluss trägt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen vor. Die Stadtverordnete Bastian bittet TOP 15.2 „Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Die Marburger Milch macht's: Marburger Traditionsmolkerei retten und unter öffentlicher Regie weiterführen – Stadt und Kreis müssen Verantwortung übernehmen“ in das Verfahren zu geben.

Der dringliche Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. „Schul-IT Corona-fest machen – Schulbudgets verdoppeln!“ wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen. Protokollierung dazu siehe unter TOP 1.2.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Es wird somit wie folgt verfahren:

zu 1.1 **Dringlichkeitsantrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Einladung des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Marburg-Biedenkopf** **Vorlage: VO/7476/2020-1**

Der Stadtverordnete Ditschler nimmt Bezug auf den durch den Oberbürgermeister in der Sitzung des Ältestenrates am gestrigen Abend gemachten Vorschlag, zu den Auswirkungen der Corona-Krise im Rahmen eines Forums mit dem Vorstandsvorsitzenden und weiteren geeigneten Personen (z.B. Vertreter*innen von IHK, Agentur für Arbeit, KreisJobCenter, sozialen Organisationen) Ende August/Anfang September zu informieren. Mit dem Hinweis auf die Zusage des Oberbürgermeisters, ein solches Forum durchzuführen, zieht der Stadtverordnete Ditschler den dringlichen Antrag zurück.

zu 1.2 **Dringlicher Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Schul-IT Corona-fest machen – Schulbudgets verdoppeln!** **Vorlage: VO/7489/2020**

Die Stadtverordnete Freitag begründet für die antragstellende Fraktion die Dringlichkeit des Antrages. Formal gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Seipp. Anschließend nimmt Stadträtin Dinnebier als Schuldezernentin für den Magistrat Stellung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt im Anschluss über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Für die Dringlichkeit stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und die Piratenpartei. Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindeverehrter ist damit nicht erreicht.

Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Der Stadtverordnete Ditschler gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.05.2020

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.05.2020 ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht, sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Der Ältestenrat hat sich mit Blick auf eine möglichst kurze Sitzungsdauer darauf verständigt, dass alle zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**zu 5 Marburger Ortsrecht: I. Nachtrag zur Gefahrenabwehrverordnung über die Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen sowie in den Anlagen der Universitätsstadt Marburg (Marburger Straßenordnung)
Vorlage: VO/7464/2020**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der Fraktionen von B90/Die Grünen und FDP/MBL einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Aussprache (Setzpunkt) wurde durch die CDU-Fraktion angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen Bürgermeister Stötzel sowie die Stadtverordneten Klusmann, Seipp, Wittich und Bokelmann.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der vorliegende I. Nachtrag zur Gefahrenabwehrverordnung über die Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen sowie in den Anlagen der Universitätsstadt Marburg (Marburger Straßenordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: B90/Die Grünen

**zu 11 Masterplan Behring-Standort
Vorlage: VO/7297/2020**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Seitz. Der Beschlusstext wurde im Ausschuss durch den Magistrat ergänzt. Der ergänzten Fassung der Vorlage empfiehlt der Ausschuss bei Enthaltung der Fraktionen B90/Die Grünen und Marburger Linke einstimmig die Zustimmung.

Die ergänzte Fassung der Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt bei Enthaltung der Fraktionen B90/Die Grünen und Marburger Linke der ergänzten Fassung der Vorlage zuzustimmen.

Nach Vorberatung der Vorlage in den Ausschüssen hat die Fraktion B90/Die Grünen am heutigen Sitzungstag noch einen Ergänzungsantrag zur Vorlage des Magistrats eingereicht, der allen Stadtverordneten vorliegt.

Zur Vorlage des Magistrats wurde im Ausschuss die Aussprache durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Heck, Schmidt, Bauder-Wöhr, Nezi, Rink, Suntheim-Pichler, Ditschler, Pfalz, Köster-Sollwedel und Oberbürgermeister Dr. Spies. In seinem Redebeitrag ergänzt der Stadtverordnete Nezi den Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen noch um folgenden Abschlusssatz: *„All die formulierten Aspekte sollen nach unserer Auffassung einvernehmlich beantwortet sein, bevor die Aufstellung eines Bebauungsplanes beginnt.“* Er beantragt außerdem für die Fraktion B90/Die Grünen die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Ergänzungsantrages.

Nach Beendigung der Aussprache ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst folgenden Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen getrennt zur Abstimmung auf:

Der Magistrat wird beauftragt, zwecks Konkretisierung der im Masterplan aufgeführten Handlungsoptionen die folgenden Maßnahmen zu prüfen bzw. bei positivem Ergebnis, diese im Rahmen der städtischen Verkehrsentwicklungs- sowie der Bauleitplanung umzusetzen sowie im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans Mittelhessen zu berücksichtigen.

1. Verkehrliche Infrastruktur

- (1) Verknüpfung der Schaffung weiterer Stellflächen am Standort Görzhäuser Hof mit der Einführung eines Jobtickets seitens der Standortunternehmen gemeinsam mit dem RMV.*
- (2) Bemühen um eine Angebotsverbesserung der Bahnlinie RB94 hin zu einem Halbstundentakt und entsprechenden Anschlussverbindungen ab dem Bahnhof Sterzhausen (ggf. mit Shuttlebussen) zu den Pharmastandorten.*
- (3) Schaffung weiterer, regulärer Stadtbus-Direktverbindungen zu den Standorten, insbesondere aus den westlichen Stadtteilen und unter Beachtung der Arbeitszeitregelungen an den Standorten.*
- (4) Implementierung eines „Logistikkorridors Nord“ via B3 und B62 zur besseren Erreichbarkeit der Pharmastandorte für den MIV und LKW-Verkehr unter Einbeziehung der geplanten bzw. im Bau befindlichen Ortsumgehungen nördlich von Marburg. In diesem Zusammenhang ist der Bau einer weiteren überregionalen Straße zu den Pharmastandorten wie beispielsweise eines „Allnatalwegs“ auszuschließen.*

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL

Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM

Enthaltungen: Piratenpartei

Punkt 1 des Ergänzungsantrages ist damit abgelehnt.

2. Gewerbeflächenentwicklung

- (1) Verminderung des Flächenverbrauchs durch eine vorrangige Nutzung vorhandener und bereits versiegelter Parkflächen.*

- (2) Gestaltung der Baufelder vor dem Hintergrund der unbedingten Erhaltung von Grünstrukturen und der Ermöglichung von Freiflächen.
- (3) Begrenzung der Gebäudehöhen, um Verschattung und eine Beeinträchtigung der Frischluftzufuhr zu vermeiden.
- (4) Anordnung der Gebäude auf Grundlage der klimaökologischen Folgewirkungen, insbesondere hinsichtlich der Kaltluftbildung und der Frischluftzufuhr.
- (5) Ausloten der Möglichkeiten und Potenziale der Schaffung eines ökologischen Gewerbegebiets und Erarbeitung entsprechender Konzeptionen gemeinsam mit den Standortfirmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL

Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM

Enthaltungen: Piratenpartei

Punkt 2 des Ergänzungsantrages ist damit abgelehnt.

3. Wohnen: Siedlungspläne der Universitätsstadt Marburg

- (1) Kooperation mit Nachbargemeinden (insbesondere entlang der von Marburg ausgehenden Bahnlinien) zur Realisierung entstehender Wohnraumbedarfe.

All die formulierten Aspekte sollen nach unserer Auffassung einvernehmlich beantwortet sein, bevor die Aufstellung eines Bebauungsplanes beginnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL

Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM

Enthaltungen: Piratenpartei

Punkt 3 des Ergänzungsantrages ist damit ebenfalls abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über die ergänzte Vorlage des Magistrats.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der vorliegende „Masterplan Behring-Standort“ wird beschlossen.

Der Ortsbeirat Michelbach und die dort entstandenen Bürger*innen-AGs werden im Rahmen der weiteren Planungen, insbesondere der Bauleitplanung, frühzeitig und regelmäßig informiert und beteiligt, insbesondere bei den Themen Verkehr, Trinkwasser, Mikroklima und Lichtverschmutzung (optische Beeinträchtigung (z.B. Licht bei Nacht)).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: B90/Die Grünen, Marburger Linke

Der Stadtverordnete Muth (CDU-Fraktion) nimmt nicht an den Abstimmungen zum Masterplan Behring-Standort teil.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes unterbricht die Stadtverordnetenvorsteherin um 18:23 Uhr die Sitzung zum Lüften des Sitzungsraumes. Um 18:35 wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt.

zu 13 Klima-Aktionsplan 2030
Vorlage: VO/7430/2020

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Seitz. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vor. Diesem empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung, der Vorlage in ihrer ursprünglichen Fassung mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Der Klima-Aktionsplan 2030 ist weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet. Dem Ausschuss lag neben dem Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen ein Ergänzungsantrag der Fraktion Marburger Linke vor. Dem Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen empfiehlt auch der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich die Ablehnung, dem Ergänzungsantrag der Fraktion Marburger Linke einstimmig die Annahme. Der um die Punkte aus dem Antrag der Marburger Linke ergänzten Vorlage des Magistrats empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft zur Aussprache über den Tagesordnungspunkt auf. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Longo, Schaffner, Köster-Sollwedel, Volz, Suntheim-Pichler, Bokelmann, Wittich, Seitz und Seipp sowie Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Enthaltungen: FDP/MBL, Piratenpartei

Der Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen ist damit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion Marburger Linke, die zu folgendem Ergebnis führt:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: FDP/MBL

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Marburger Linke ist damit angenommen.

Abschließend ruft die Stadtverordnetenvorsteherin die Vorlage des Magistrats einschließlich der Punkte aus dem Ergänzungsantrag der Marburger Linke zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt in Fortsetzung ihres Beschlusses vom 28.06.2019 VO/6829/2019 Klimanotstand und Aktionsplan den in der Anlage beigefügten Marburger Klima-Aktionsplan fest.**
- 2. Die im Klima-Aktionsplan 2030 vorgeschlagenen Maßnahmen werden in den kommenden Jahren umgesetzt.**
- 3. Der Klima-Aktionsplan und seine Umsetzung verstehen sich als laufender Arbeitsprozess und werden unter breiter Beteiligung der Bevölkerung kontinuierlich weiterentwickelt.**
- 4. Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Schaffung von Personalkapazitäten und die Umsetzung der Maßnahmen werden weiterhin in den Handlungsfeldern bereitgestellt.**
- 5. Quartalsweise liegt der Einladung zum Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr ein öffentlich einsehbarer Kurzbericht zum Umsetzungscontrolling bei. Dieser enthält eine Auskunft darüber, an welchen Ober- und Unterzielen die Arbeiten bereits begon-**

nen haben und informiert in knapper Form darüber, wie weit diese gediehen sind. Dies gilt ab sofort für die Unterziele im „Sofortprogramm Mobilität 2020-2023“ und ab 15. November 2020 für sämtliche weiteren Ober- und Unterziele. Der Kurzbericht ist auch dann zu veröffentlichen, wenn der entsprechende Ausschuss – etwa durch höhere Gewalt (z.B. Pandemie) – ausfällt.

6. Der Klimaaktionsplan wird jährlich aktualisiert und in der jeweils neuen Fassung der Öffentlichkeit im Juni vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei

Nein-Stimmen: FDP/MBL

Enthaltungen: B90/Die Grünen

**zu 4 Marburger Ortsrecht: V. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule
Vorlage: VO/7415/2020**

Von der Vorberatung im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Stadtverordnete Böhm. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme der Vorlage. Dies gilt auch für den Haupt- und Finanzausschuss, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Der vorliegende V. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Nein-Stimmen: Marburger Linke

Enthaltungen: keine

**zu 6 Gesamtabschluss 2015
Vorlage: VO/7305/2020**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Ausschussempfehlung an und fasst folgenden Beschluss:

Der Gesamtabschluss 2015 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung wird gemäß § 112 HGO i. V. m. § 51 Nr. 9 HGO zur Kenntnis genommen und dem Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg zugeleitet.

Nach Abschluss der Prüfung durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird der Magistrat nach § 113 und § 114 i. V. m. § 51 Nr. 9 HGO den Gesamtabschluss 2015 zusammen mit dem Schlussbericht des Prüfungsamtes der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung über den Gesamtabschluss und über die Entlastung des Magistrats vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Gesamtabschluss 2016
Vorlage: VO/7451/2020

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt auch dieser Vorlage einstimmig die Zustimmung.

Nach Aufruf durch die Stadtveordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Der Gesamtabschluss 2016 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung wird gemäß § 112 HGO i. V. m. § 51 Nr. 9 HGO zur Kenntnis genommen und dem Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg zugeleitet.

Nach Abschluss der Prüfung durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird der Magistrat nach § 113 und § 114 i. V. m. § 51 Nr. 9 HGO den Gesamtabschluss 2016 zusammen mit dem Schlussbericht des Prüfungsamtes der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung über den Gesamtabschluss und über die Entlastung des Magistrats vorlegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 8 Gesamtabschluss 2017
Vorlage: VO/7452/2020

Auch dieser Abschluss ist im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Der Ausschuss empfiehlt lt. Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Pfalz, auch dieser Vorlage einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt auch hier der Empfehlung und beschließt:

Der Gesamtabschluss 2017 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung wird gemäß § 112 HGO i. V. m. § 51 Nr. 9 HGO zur Kenntnis genommen und dem Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg zugeleitet.

Nach Abschluss der Prüfung durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird der Magistrat nach § 113 und § 114 i. V. m. § 51 Nr. 9 HGO den Gesamtabschluss 2017 zusammen mit dem Schlussbericht des Prüfungsamtes der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung über den Gesamtabschluss und über die Entlastung des Magistrats vorlegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 9 Jahresrechnung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: VO/7284/2020

Die Jahresrechnung 2017 ist ebenfalls im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlüsse:

1. **Der geprüfte Jahresabschluss 2017 in der Fassung vom 09.09.2019 (VO/6975/2019) wird beschlossen. Damit werden die Ergebnisse der Jahresrechnung 2017 wie folgt festgesetzt:**

Jahresergebnis des Ergebnishaushalts:	1.292.626,60 €
Finanzmittelüberschuss:	21.007.013,20 €
Finanzmittelbestand zum 31.12.2017	49.195.957,97 €

2. **Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Universitätsstadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Prüfungsamtes gem. § 114 Hessische Gemeindeordnung (HGO) Entlastung erteilt.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 10 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: VO/7429/2020

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Ausschussempfehlung an und fasst folgenden Beschluss:

1. **Der Jahresabschluss 2018 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung wird gemäß § 112 HGO i. V. m. § 51 Nr. 9 HGO zur Kenntnis genommen und dem Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg zugeleitet.**

Im Jahresabschluss ist berücksichtigt:

- **Der im Produkt 469030 Abfallwirtschaft entstandene Überschuss von 133.825,87 € wird dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich Abfallwirtschaft zugeführt.**
 - **Die im Budgetbericht als Teil des Jahresabschlusses ausgewiesenen Budgetüberschreitungen werden innerhalb der Dezernatsbudgets ausgeglichen. Eine Vorbelastung der Budgets der Folgejahre erfolgt nicht.**
 - **Der Jahresüberschuss im ordentlichen Ergebnis 2018 in Höhe von 36.528.315,17 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.**
 - **Der Überschuss im außerordentlichen Ergebnis 2018 in Höhe von 1.765.133,34 € wird der Rücklage aus den Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.**
2. **Nach Abschluss der Prüfung durch das Prüfungsamt der Stadt Marburg wird der Magistrat nach § 113 und § 114 i. V. m. § 51 Nr. 9 HGO den Jahresabschluss zusammen mit dem Schlussbericht des Prüfungsamtes der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss und über die Entlastung des Magistrats vorlegen.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 12 Erste Erweiterung der Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/7457/2020**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke vor, der die Streichung des letzten Satzes des Beschlusstextes vorsieht. Diesem Änderungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung, der Vorlage des Magistrats mehrheitlich die Annahme.

Analog dem Vorgehen im Ausschuss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über die Vorlage in der von der Fraktion Marburger Linke beantragten geänderten Fassung abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Enthaltungen: FDP/MBL

Die Vorlage in der von der Fraktion Marburger Linke beantragten geänderten Fassung ist damit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über die Vorlage in der ursprünglichen Fassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die beigefügte erste Erweiterung der Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg zu wichtigen Vorhaben des Magistrats gemäß der Empfehlung des Beteiligungsbeirats zur Bekanntmachung gemäß Punkt 4.1.1 Vorhabenliste des Marburger Konzepts zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Marburg (VO/6449/2018) fest. Mit der Beschlussfassung zur Vorhabenliste nimmt die Stadtverordnetenversammlung die aufgeführten Vorhaben des Magistrats zur Kenntnis. Sie begrüßt die durch diese frühzeitige Information entstehende Transparenz bei der Vorbereitung und Planung wichtiger Vorhaben der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Nein-Stimmen: Marburger Linke
Enthaltungen: B90/Die Grünen, FDP/MBL, Piratenpartei

zu 14 Eilentscheidungen des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 51a HGO

**zu 14.1 Wirtschaftspläne 2020 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/7278/2020**

Die Vorlage ist am 23.04.2020 durch den Haupt- und Finanzausschuss nach § 51a HGO als Eilentscheidung beschlossen worden. Die Bestimmungen der HGO sehen vor, dass die Angelegenheit auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen ist, und diese die Eilentscheidung wieder aufheben kann.

Auf Nachfrage der Stadtverordnetenvorsteherin wird die Aufhebung des gefassten Beschlusses

nicht beantragt.

**zu 14.2 Unterstützungsleistungen für von der Corona-Krise wirtschaftlich Betroffene
Vorlage: VO/7329/2020**

Auch die Unterstützungsleistungen für die von der Corona-Krise wirtschaftlich Betroffenen sind am 23.04.2020 durch den Haupt- und Finanzausschuss nach § 51a HGO als Eilentscheidung beschlossen worden. Die Bestimmungen der HGO sehen vor, dass die Angelegenheit auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen ist, und diese die Eilentscheidung wieder aufheben kann.

Auch zu diesem Beschluss wird auf Nachfrage der Stadtverordnetenvorsteherin eine Aufhebung nicht gewünscht.

zu 15 Dringlichkeitsanträge

**zu 15.1 Dringlicher Berichtsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Projekt Marburger Stadtgeld
Vorlage: VO/7486/2020**

Der dringliche Berichtsantrag ist nach kurzer Erörterung am 25.06.2020 durch den Ältestenrat einvernehmlich auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen worden.

Für den Magistrat nimmt der Oberbürgermeister Stellung und beantwortet die in dem Antrag gestellten Fragen.

**zu 15.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Die Marburger Milch macht's: Marburger Traditionsmlkerei retten und unter öffentlicher Regie weiterführen – Stadt und Kreis müssen Verantwortung übernehmen
Vorlage: VO/7490/2020**

Die antragstellende Fraktion gibt den Antrag im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung in das Verfahren.

**zu 15.3 Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen betr.: Die Arbeitsplätze bei der Kabelfirma Monette in Marburg müssen erhalten bleiben
Vorlage: VO/7491/2020**

Nach Aufruf des Antrages durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg ist beunruhigt über Informationen, dass die Schließung des traditionsreichen Kabelwerkes Monette droht. Den Beschäftigten drücken die Stadtverordneten ihre volle Unterstützung im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze und ihrer berufliche Perspektive aus. Ebenso begrüßen sie alle Schritte, die zur Weiterführung des Betriebes und damit zur sozialen Sicherung der Beschäftigten beitragen.

Die Stadtverordneten fordern zudem den Magistrat auf, im Interesse der Erhaltung der

Arbeitsplätze bei der Firma Monette tätig zu werden und das Gespräch mit dem Unternehmen zu suchen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 16 Anträge der Fraktionen

**zu 16.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Kein Umbau des „Hof Mengel“ in Dagobertshausen zu einem Hotel- und Konferenzkomplex
Vorlage: VO/7235/2020**

Zu dem Tagesordnungspunkt ist Aussprache angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der antragstellenden Fraktion vertagt.

**zu 16.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Nulltarif mit Stadtpass - Mehr Nutzen bei weniger Kosten
Vorlage: VO/7290/2020**

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung zunächst zur Vorberatung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr verwiesen.

**zu 16.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufnahme Reinhard Kühnls auf die Gedenktafeln
Vorlage: VO/7398/2020**

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung durch die antragstellende Fraktion zum 2. Mal zurückgestellt. Nach § 7 Abs. 9 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung gilt der Antrag damit als zurückgezogen.

**zu 16.4 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Ausbildung ist Lebenschance – auch in der Krise
Vorlage: VO/7454/2020**

Zu dem Antrag hat die SPD-Fraktion Aussprache (Setzpunkt) angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit jedoch nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion deshalb vertagt.

**zu 16.5 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Umsetzung „Sommer in der Stadt“
Vorlage: VO/7455/2020**

Von der Vorberatung des Antrages im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Stadtverordnete Böhm. Der Ausschuss empfiehlt dem Antrag bei Enthaltung der Fraktion B90/Die Grünen einstimmig die Annahme.

Der Ausschussempfehlung schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept für das mit dem Corona-Hilfsprogramm beschlossenen Angebot „Sommer in der Stadt“ in Zusammenarbeit mit erfahrenen Trägern zu entwickeln und die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, damit in der Sommerferienzeit erste Aktivitäten stattfinden können.

Die Angebote sollen dezentral über die Stadt verteilt mit vielfältigen Angeboten in möglichst zahlreichen Stadtteilen und Orten, angepasst an die örtlichen Gegebenheiten, gegebenenfalls thematisch ausgerichtet oder an ungewöhnlichen Lokalisationen, erfolgen.

Für diese dezentrale Durchführung soll eine enge Abstimmung mit Stadtteilgemeinden und Ortsbeiräten sowie Vertreter*innen des örtlichen Vereinslebens, von Initiativen, sozialen und kulturellen, von der Stadt geförderten Trägern und Verbänden, des Einzelhandels und der Gastronomie stattfinden.

Neben einem insgesamt breiten Angebotsspektrum aus Kunst, Kultur, Freizeitangeboten, Schaustellergewerbe, Gastronomie Einzelhandel und Marktbeschickern ist darauf zu achten, dass es insbesondere auch Angebote für Familien, Jugendliche, Senior*innen und Menschen mit geringem Einkommen gibt. Auch kostenlos zu besuchende Veranstaltungen sind vorzusehen.

Schon bestehende Ferien-, Freizeit- oder Kulturangebote, etwa der Jugendförderung oder solche, die pandemiebedingt abgesagt werden mussten, sind soweit möglich einzubeziehen und unter den gegebenen Umständen sinnvoll neu auszurichten oder zu ergänzen.

Unabdingbar ist ein vorab entwickeltes Gesundheitsschutzkonzept, damit der Besuch der Angebote soweit wie nötig geordnet, aber ohne an Attraktivität einzubüßen stattfinden kann, und die Besucher*innen ohne Angst um ihre Gesundheit gerne kommen.

Mit einer begleitenden Kampagne „Zeige Respekt, gehe auf Abstand“ sollen gleichzeitig auf die gebotenen Hygiene-Regeln vermittelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: B90/Die Grünen

**zu 16.6 Antrag der Fraktionen CDU, SPD und BfM betr. Fördermöglichkeiten der Marburger Sportstätten prüfen
Vorlage: VO/7462/2020**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen ob und in welche m Rahmen Sportstätten in Marburg von der Aufstockung der Fördermittel im Rahmen des Corona Hilfspakets der Bundesregierung ausgebaut oder ertüchtigt werden können, sobald die entsprechenden Kriterien bzw. Förderrichtlinien veröffentlicht sind.

Das Ergebnis der Prüfung soll der Stadtverordnetenversammlung zeitnah vorgestellt

werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 16.7 Antrag der Fraktionen CDU, SPD, BfM betr. Prüfung des CO²-Gebäudesanierungsprogramms des Bundes für Marburgs kommunale Gebäude
Vorlage: VO/7463/2020**

Von der Vorberatung des Antrages im Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt auch hier einstimmig die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach Aufruf zur Abstimmung folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen ob und in welche m Rahmen die Universitätsstadt Marburg vom CO² Gebäudesanierungsprogramm des Bundes für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude profitieren kann.

Das Ergebnis der Prüfung soll der Stadtverordnetenversammlung zeitnah vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 17 Kenntnisnahmen

**zu 17.1 Kommunalen Gesamtabschluss der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/6982/2019**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beschluss des Magistrats vom 15.06.2020 zum kommunalen Gesamtabschluss der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

**zu 17.2 Marburger Jugendbericht 2019
Vorlage: VO/7269/2020**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Marburger Jugendbericht 2019 zur Kenntnis.

**zu 17.3 Planung und Durchführung des Projekts "Marburg800"
Vorlage: VO/7350/2020**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beschluss des Magistrats zur Planung und Durchführung des Projektes „Marburg800“ zur Kenntnis.

zu 17.4 Logo "Sportstadt Marburg"
Vorlage: VO/7424/2020

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das neue Logo „Sportstadt Marburg“ zur Kenntnis.

zu 17.5 Vollzug des Haushaltsplans 2020
hier: Zwischen- und Budgetbericht zum 30.04.2020
Vorlage: VO/7427/2020

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2020 sowie der Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zum 30.04.2020 zur Kenntnis.

zu 17.6 Schlussbericht über die 220. Vergleichende Prüfung "Kultur"
Vorlage: VO/7441/2020

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes über die 220. Vergleichende Prüfung „Kultur“ zur Kenntnis.

zu 17.7 Sicherheitsempfinden im Marburger Jägertunnel - Ergebnisse einer NutzerInnenbefragung zur Livebild- und Sprechverbindung "LiSA"
Vorlage: VO/7442/2020

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Ergebnisse der jüngsten Befragung im Rahmen der Evaluierung der "Livebild- und Sprechverbindung auf Abruf" (LiSA) im Marburger Jägertunnel zur Kenntnis.

zu 17.8 Bericht des Kinder- und Jugendparlaments zum Jahr 2019
Vorlage: VO/7456/2020

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorliegenden Bericht des Kinder- und Jugendparlaments für das Jahr 2019 zur Kenntnis.

zu 17.9 Bericht des Ausländerbeirates für Jahr 2019
Vorlage: VO/7474/2020

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorliegenden Bericht des Ausländerbeirates für das Kalenderjahr 2019 zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden, wünscht eine angenehme und erholsame Sommerpause und schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Lothar Sprenger
Protokoll

Matthias Simon
Vorsitzender SPD-Fraktion

Jens Seipp
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 1 bis 24

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Nach Aussage der Stadträtin Dinnebier stehen fast 300 Kinder auf Wartelisten für städtische Bäder zum Schwimmkurs. Woran liegt es, dass so viele Kinder keinen Schwimmkurs besuchen können, fehlt Fachpersonal oder Kapazitäten in den Schwimmbädern?

Da dieser Zustand bereits länger anhält, bitte ich die Frage unabhängig von coronabedingten Schließungen und der Sanierung des AquaMars zu beantworten.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 74 - Städtische Bäder
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Auch wenn die Fragestellerin in Ihrer Anfrage betont, dass die Frage unabhängig von coronabedingten Schließungen und der Sanierung des AquaMar zu beantworten sei, kann dies so nicht erfolgen. Gleichzeitig verweisen wir auf die Beantwortung der Kleinen Anfragen Nr. 27 und Nr. 28 zur Sitzung der STVV am 28. Februar 2020 von der Stadtverordneten Stefanie Wittich von der Fraktion Marburger Linke.

Bei der Beantwortung dieser beiden Anfragen wurden die Gründe für die zurzeit bestehenden Wartelisten genannt. Eine Zahl 300 wurde hier nicht genannt.

An den Gründen hat sich aber auch zurzeit nichts geändert. Da das AquaMar voraussichtlich bis zu Beginn des Jahres 2021 nicht für Schwimmkurse genutzt werden kann und das Hallenbad in Wehrda nach der coronabedingten Schließung wieder dem Schul- und Vereinsschwimmen zur Verfügung stehen wird, wird sich die Zahl der Kinder auf der Warteliste der Städtischen Bäder nur bedingt verringern. Nur Eltern/Kinder, die im Hallenbad in Wehrda einen Kurs machen möchten, können diesen dann auch bekommen. Allerdings – und dies wurde auch in der Kleinen Anfrage Nr. 28 schon beantwortet – gibt es neben den Städtischen Bädern auch die Marburger Schwimmvereine und auch private Träger, die Schwimmkurse anbieten. Coronabedingt können diese leider zurzeit auch keine Kurse anbieten. Es bleibt zu hoffen, dass mit Wiedereröffnung des AquaMar und Beendigung der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie alle Beteiligten wieder Kinderschwimmkurse ermöglichen, um möglichst viele Plätze anbieten zu können.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Die Sophie-von-Brabant-Schule nahm von 2017 bis 2019 an dem Pilotprojekt "Willkommen, Ankommen, Weiterkommen - mit neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern Schule gestalten" der Deutschen Schulakademie und der Hessischen Lehrkräfteakademie teil. Wurden die Ergebnisse des Projektes hinsichtlich einer Übertragbarkeit auf andere städtische Schulen ausgewertet und inwiefern unterstützt die Universitätsstadt Marburg die Schulen in ihrer Trägerschaft darüber hinaus bei der Entwicklung von jeweils eigenen Konzepten für kulturelle Vielfalt in der Schulgemeinschaft?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Anfrage wurde in identischer Form - mit Ausnahme des letzten Satzteils, der mit „und“ beginnt, bereits in der März-Sitzung beantwortet.
Die damalige Antwort lautete wie folgt:

Die Zuständigkeit für die innere Schulverwaltung und somit auch für das Pilotprojekt obliegt dem Staatlichen Schulamt. Dieses gab auf Anfrage folgende Rückmeldung:

Am oben genannten Projekt haben 15 Schulen aus ganz Hessen teilgenommen. Ziel des Projektes ist es gewesen, den beteiligten Schulen die Möglichkeit zu geben, im gemeinsamen Austausch eigene auf die Schule zugeschnittene Schulentwicklungsziele zur Integration von Seiteneinsteigern zu definieren und Maßnahmen zu entwickeln. Eine Übertragbarkeit auf andere Schulen ist insofern nur in Teilen gegeben. Im Rahmen der regelmäßigen Austauschtreffen mit Intensivklassenlehrkräften werden allerdings exemplarische Beispiele weitergegeben und am Thema Integration entsprechend gearbeitet.

Die Ergänzung wird wie folgt beantwortet:

Grundsätzlich liegt die Entscheidung hinsichtlich der Schwerpunktsetzungen bei den einzelnen Schulen. Diese setzen sie jedoch in verschiedenen Zusammenhängen mit dem angesprochenen Thema auseinander, beispielsweise in dem Projekt „Schule ohne Rassismus“ oder auch durch weitere individuelle Angebote u. a. auch im Ganztage.

Die Stadt Marburg unterstützt die Maßnahmen durch die grundsätzliche Zurverfügungstellung von Projektmitteln im Rahmen des Budgets der Schulen, bei entsprechenden Antragstellungen auch als gesonderte Innovationsprojekte und ansonsten auch durch Maßnahmen im Rahmen der Lokalen Bildungsplanung.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, wann an den verschiedenen "Wanderparkplätzen" (wie zwischen Cappel und Moischt; am Sonnenblick etc.) Mülleimer aufgestellt werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Umsetzung eines Wanderwegekonzeptes erfolgt durch den Fachdienst Stadtgrün und Friedhöfe zusammen mit der Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT) .

Bei der Infrastrukturausstattung der zertifizierten Prädikatswege empfiehlt das Deutsche Wanderinstitut und der Deutsche Wanderverband, dass zur Müllvermeidung keine Abfallkörbe an den Wegen und Start- und Rastpunkten eingeplant werden. Auch HessenForst befürwortet dieses Vorgehen. Die Erfahrung zeigt, dass Wanderer Ihren Abfall wieder in den Rucksack packen und nach Hause mitnehmen.

Hinter dieser Vorgehensweise steht, dass bei starker Frequentierung Abfallkörbe nicht immer rechtzeitig ausgeleert werden und der Müll dann daneben geworfen wird. Der Müll kann von Tieren verteilt und auch von Vandalen mutwillig angezündet werden (Waldbrandgefahr).

Die Pflege der Wanderwege und der diesbezüglichen Infrastruktur erfolgte bis vor wenigen Jahren durch den Verschönerungsverein, der sich inzwischen aber aufgelöst hat.

Die MSLT und der Fachbereich Stadtgrün arbeiten an der Umsetzung eines Wanderkonzeptes für Marburg, in dem auf Grundlage von touristischen Kriterien des Deutschen Wanderinstitutes und des Deutschen Wanderverbandes die Wege in attraktive und durchgehend markierte Rundwege und zu einem Wandernetz kombiniert werden sollen. Ein zertifizierter Premiumstadtwanderweg soll dabei auch entstehen.

Bei der Neukonzeption können an ausgewählten Stellen Abfallkörbe erwogen werden, wenn sie gut in einem regelmäßigen Leerungsturnus eingebunden werden können. Der Regelfall sollte dies aus v. g. Gründen aber nicht sein.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, inwieweit "Dachbegrünungen" und "Gemeinschaftsgärten" in neuen Baugebieten ausgewiesen, bzw. festgelegt werden können.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Dachbegrünungen werden bzw. wurden bereits in Baugebieten planungsrechtlich festgesetzt. Dies wird auch in neuen Baugebieten so sein.

„Gemeinschaftsgärten“ sind ein Sammelbegriff. Nach unserer Auffassung müsste zunächst eine Definition erfolgen, um sie dann entsprechend gemäß § 9 (1) Nr. 15 BauGB festsetzen zu können. Sie spielen z. B. im Wettbewerbsverfahren „Hasenkopf“ und bei zukünftigen Konzeptvergaben eine Rolle.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Christian Schmidt
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie ist der Stand der Dinge bzgl. der Umsetzung des Antrags VO/6947/2019 hinsichtlich des Angebots von Dienstleistungen der Ausländerbehörde in den Räumen der Philipps-Universität? Wurden mit dem Präsidium der Universität bereits Gespräche zu diesem Thema geführt bzw. Vereinbarungen getroffen und wenn ja, in welcher Form?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 31 - Ausländerbehörde
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Mit der Philipps-Universität Marburg haben bereits diverse Gespräche zur Einrichtung des Servicepoints stattgefunden. Das Präsidium begrüßt den beabsichtigten Servicepoint ausdrücklich und hat zugesagt, einen Raum für das Personal der Ausländerbehörde zur Verfügung zu stellen.

Zu Beginn wird ein*e Kolleg*in einmal pro Woche an einem Vormittag im Servicepoint an der Philipps-Universität vor Ort sein und für allgemeine Fragen und Beratung zur Verfügung stehen. Das Angebot kann je nach Bedarf und in Abstimmung mit der Universität angepasst werden. Konkrete Einzelfallberatungen und Antragsaufnahmen werden zunächst weiterhin nur in den Büroräumen der Ausländerbehörde stattfinden. Dies basiert auf der in den vergangenen Monaten vorgenommenen grundsätzlichen Strukturveränderung im Fachdienst. Infolge der im Jahr 2019 vollzogenen Digitalisierung des Fachdienstes Ausländerbehörde und verschiedener Corona bedingter rechtlicher Vereinfachungen konnten aktuell die Arbeitsabläufe wesentlich effizienter und für die Betroffenen flexibler gestaltet werden. Kernpunkte dabei sind, dass sowohl die vollständige elektronische Antragsbearbeitung als auch der darauf folgende zeitnahe Vorsprachetermin zur Abgabe der Biometriedaten (mit der Möglichkeit individuelle Fragen im persönlichen Gespräch zu klären) jeweils von der gleichen Person des Fallmanagements geleistet wird.

Der Starttermin für den Servicepoint steht in Abhängigkeit zur Corona-Situation. Sowohl bei der Philipps-Universität als auch beim Fachdienst Ausländerbehörde gelten noch besondere Corona-Bedingungen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Christian Schmidt
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie viele Ferienwohnungen sind im Marburger Stadtgebiet angemeldet und wo befinden sich diese? Bitte nur nach Adressen aufschlüsseln, ohne Angabe der Namen der jeweiligen Gewerbetreibenden bzw. Vermieter*innen!

Stellungnahme/Antwort durch:	Marburg Stadt + Land Tourismus
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT) verfügt nicht über Listen, in denen jeweils Ferienwohnungen und Ferienhäuser in einzelnen Städten, Stadtteilen, Gemeinden und Ortsteilen verzeichnet sind. Um die Beantwortung der Kleinen Anfrage überschaubar zu halten, wird auf eine Auflistung aller ca. 130 Objekte verzichtet.

Die Anzahl der bei der MSLT gelisteten Ferienwohnungen und Ferienhäuser ist jedoch über diesen Link ersichtlich: <https://www.marburg-tourismus.de/unterkuenfte>.

Hier kann man bei Objekttyp „Ferienwohnung“ und „Ferienhaus“, bei Urlaubsthemen „Marburg Kernstadt und Stadtteile“ und ggf. über die Filterfunktion „Stadt/Ort“ den gewünschten Stadtteil auswählen und auf diese Weise z. B. alle Ferienwohnungen/Ferienhäuser im Marburger Stadtgebiet erhalten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wann und wo soll im Jahre 2020 und im Jahre 2021 nach dem Willen des Magistrats der Bau von wie vielen Kilometern neuer Fahrradwege und/oder Schutzstreifen im Gebiet der Stadt Marburg begonnen (nicht nur geplant) werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Kurzfristig wird durch den FD Tiefbau die Markierung von Schutzstreifen in der Neuen Kasse-ler Straße zwischen Zimmermannstraße und Schlosserstraße umgesetzt (ca. 500 m). Weiterhin sollen noch in diesem Jahr die Markierung von Schutzstreifen in der Frauenberg-straße (ca. 800 m) und in der Großseelheimer Straße (ca. 1.500 m) vorgenommen werden. In beiden Straßen sind zudem bauliche Änderungen notwendig.

In Abhängigkeit von der Förderung ist für das Jahr 2021 geplant, die nicht asphaltierten Lücken im Wirtschaftswegenetz zwischen Bauerbach und Ginseldorf zu schließen (Baulänge ca. 700 m) sowie der Ausbau eines Wirtschaftsweges zwischen Dagobertshausen und der L 3092 zur besseren Anbindung der Pharmastandorte (ca. 850 m).

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wann genau werden jeweils welche der im Corona-Papier des Magistrats genannten Maßnahmen zum Verkehr umgesetzt werden:

- Markierung von Schutzstreifen für Radfahrer in der Neuen Kasseler Straße,
- Einrichtung einer Fahrradzone im Bereich der Uferstraße,
- Freigabe der Gutenbergstraße für den Radverkehr in der Gegenrichtung zwischen Wilhelmstraße und Universitätsstraße,
- Grünpfeile für Radfahrer an Lichtsignalanlagen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

- Für die Markierung von Schutzstreifen in der Neuen Kasseler Straße liegt die Verkehrsrechtliche Anordnung der Straßenverkehrsbehörde vor. Der Auftrag für die Markierung wurde durch den FD Tiefbau bereits erteilt, die Arbeiten sollen bei entsprechend guter Witterung ab Ende Juni 2020 ausgeführt werden.
- Die Einrichtung einer Fahrradzone im Campusviertel, von der Wolffstraße bis zur Bunsenstraße, ist in Planung. Nach einer Abstimmung mit der AG Radverkehr soll das Vorhaben dem Ortsbeirat Campusviertel vorgestellt werden. Die Umsetzung soll dann zeitnah erfolgen.
- Die Markierungsarbeiten in der Universitätsstraße sind (witterungsabhängig) für die 26. KW 2020 geplant. Umbau / Anpassung der Lichtsignalanlage sollte nach jetzigem Stand bis zum Ende der Sommerferien erfolgen können. Die Freigabe der Gutenbergstraße für den Radverkehr erfolgt im Zuge des LSA-Umbaus.
- Für die Grünpfeile für Radfahrer an Lichtsignalanlagen (GR) liegt auch bereits die Anordnung der Straßenverkehrsbehörde vor. Geplant ist die Beschilderung an folgenden Knotenpunkten:
 - ◆ Rudolphsplatz - Knotenzufahrt Am Grün (GR)
 - ◆ Schwanallee/Leopold-Lucas-Straße – Knotenzufahrt Leopold-Lucas-Straße (GR)
 - ◆ Wilhelmsplatz – Knotenzufahrt Ockershäuser Allee (Allgemeiner Grünpfeil)Der FD Tiefbau hat die Umsetzung bereits beauftragt, ein Zeitpunkt für das Anbringen der Verkehrszeichen kann noch nicht genannt werden, da der Liefertermin noch nicht feststeht.
- In der Ketzerbach, der Gutenbergstraße und der Wilhelmstraße wurden Parkplätze für Lastenfahrräder angeordnet und beauftragt. Die Umsetzung erfolgt, sobald die entsprechenden Verkehrszeichen und Anschlussbügel geliefert wurden.
- Weiterhin arbeitet die Straßenverkehrsbehörde an der Einrichtung einer ca. 1,8 Km langen Fahrradstraße am Ortenberg, die an der Nonnengasse beginnt und an der Rudolf-Bultmann-Straße endet.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Im Sommer 2018 wurde die Einführung eines Katasters, das leerstehenden Wohnraum in Marburg erfasst, von den Mehrheitsfraktionen des Stadtparlaments abgelehnt. Begründung: Die Verwaltung habe den Überblick.

Ist dem Magistrat bekannt, dass in der Ketzerbach Nr. 5 seit Jahrzehnten die 2. Etage, 3. Etage und Dachgeschoss leer stehen und nicht als Wohnraum genutzt werden, ebenso wie seit Jahren die Häuser Bunsenstraße 1, Wehrdaer Weg 10 und Karmelitergasse 5,6,7,8,9 und 10? Wenn ja, wie verarbeitet er dieses Wissen für die Bereitstellung von Wohnraum?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

„Leerstandsmeldungen sind der Verwaltung bekannt, bei Nachforschungen handelt es sich zu meist um individuelle persönliche Gründe für die Nichtvermietung von Wohnraum, bisweilen sind diese nicht immer rational nachvollziehbar. Auch gibt es Wohnungen, für die die Eigentümer aufgrund eines Sanierungsstaus oder Bauschäden nicht die finanziellen Mittel sehen, diese instandzusetzen und wieder dem Vermietungsmarkt zur Verfügung zu stellen. Unabhängig davon ist den Obhuts- und Sorgfaltspflichten nachzukommen.

Aufgrund der aktuellen Rechtslage ist die städtische Verwaltung jedoch nicht imstande, hier regulierend einzugreifen. In einigen deutschen Großstädten, wie Hamburg und Berlin sind Wohnraumzweckentfremdungsverbote erlassen worden, die u. a. bei zu meldendem Leerstand über 3 Monate behördlich veranlasste Zwischenvermietungen ermöglichen.“

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Seit Jahren steht die ehemalige Villa der Familie Fritz, Bahnhofstraße 5 a, die privat verkauft wurde, leer. Sind dem Magistrat Planungen zur weiteren Nutzung dieses Hauses und des umliegenden Geländes bekannt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Leerstand der ehem. Villa Fritz ist der Verwaltung bekannt. Auf Nachfrage beim Eigentümer wurde mitgeteilt, dass es Planungen zur Sanierung gebe, aber diese noch nicht ausgearbeitet seien. Die Bausubstanz werde regelmäßig von Hausmeistern unterhalten.

Die Notwendigkeit einer zeitnahen konkreteren Beantwortung der Anfrage wurde seitens des Fachdienstes Stadtplanung und Denkmalschutz gegenüber den Eigentümern formuliert.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Welche finanziellen Auswirkungen hat das Ergebnis des Koalitionsausschuss der Großen Koalition aus SPD und CDU vom 3. Juni 2020 ("Konjunkturpaket) auf den Haushalt der Universitätsstadt Marburg?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Beschlüsse von politischen Parteien und ihrer Kooperationsorgane haben keine unmittelbaren fiskalischen Konsequenzen. Sie bedürfen einer Umsetzung in Gesetz, Ausführungsverordnungen und Ausführungsbestimmungen. Daher ist eine seriöse Prognose zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

Wir hoffen: nur positive Auswirkungen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie weit ist der Magistrat der Universitätsstadt Marburg mit der Umsetzung der Beschlüsse VO/3696/2014 und VO/6640/2019 hinsichtlich der notwendigen barrierefreien Umgestaltung des Marburger Südbahnhofs?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Planung des Bahnhaltelpunktes Marburg Süd erfolgt durch die DB Station & Service AG in Zusammenarbeit mit der Stadt Marburg, dem Land Hessen als Fördermittelgeber und dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV).

Die Erschließung der Bahnsteige erfolgt barrierefrei durch die Errichtung von 2 Aufzügen mit Anschluss an die städtische Personenüberführung „Karl-Theodor-Bleek-Steg“ sowie den Bahnhofsvorplatz mit Anschluss an den städtischen ÖPNV.

Ein taktiles Blindenleitsystem gemäß den geltenden Richtlinien sowie ein Wegeleitsystem und eine durchgängige Beschilderung sind ebenfalls vorgesehen.

Die Entwurfsplanung ist abgeschlossen, im nächsten Schritt ist ein Genehmigungsverfahren durch das EBA notwendig.

Auf Grund der COVID-19-Pandemie wird hierzu vom 03.08.2020 bis 23.08.2020 in Zusammenarbeit mit der „Koordinierungsstelle Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung“ der Stadt Marburg eine frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit über die Online-Plattform „Werdenktwas“ gestartet. Hier können Fragen gestellt werden, welche die Planer dann sehr zeitnah beantworten.

Die Planunterlagen können im gleichen Zeitraum auch analog beim Fachdienst Tiefbau eingesehen werden.

Der Ausbau des Haltepunktes ist nach jetzigem Stand für die Jahre 2024 / 2025 mit den entsprechenden Sperrpausen für jeweils ein Gleis vorgesehen.

Wieland Stötzel,
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie auch der örtlichen Presse zu entnehmen war, hat das Jugendamt in Corona-Zeiten erhebliche zusätzliche Arbeit zu leisten. Ist es personell und organisatorisch dafür ausgestattet oder müssen andere - ebenso dringende Aufgaben - entfallen bzw. verschoben werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Auch das Jugendamt der Universitätsstadt Marburg ist seit dem hessischen Lockdown 16.3.2020 vorrangig mit der Umsetzung der Verordnung zur Bewältigung der Corona-Krise beschäftigt. Sehr schnell hat das Jugendamt im eigenen System Kernprozesse definiert, die festlegen, welche Jugendhilfeaufgaben auch in der Krise durchgehend umgesetzt werden müssen. Hierzu gehören vorrangig die Sicherstellung des Kinderschutzes und die Weiterführung der Kinderbetreuung im Rahmen der entsprechenden Vorgaben.

Die Corona-Krise hat das Arbeiten im Jugendamt grundlegend verändert und die Sicherstellung der Kernprozesse sowie die Umsteuerung der vorhandenen Angebote in neue, der Situation angemessene Formate war und ist herausfordernd. Gleichmaßen muss natürlich auch festgestellt werden, dass viele grundsätzliche Aufgaben des Jugendamtes sowie der Träger der Jugendhilfe nicht in dem bisherigen Umfang geleistet werden konnten und die personellen Ressourcen in die Bewältigung der Krise umgesteuert wurden. Hierbei war das Jugendamt von Anfang an in einem engen Austausch mit allen Trägern der Jugendhilfe.

Wo es möglich war, wurden sehr kurzfristig neue Unterstützungsformate für die Familien installiert. Hier sind u.a. zu nennen die Beratung am Abend, Kinderpost, Hau's raus oder die niedrigschwelligen familienentlastenden Hilfen, die im Einzelfall besonders belastete Familien individuell unterstützt haben.

Das Jugendamt konnte viele wichtige Aufgaben während der aktuellen Krise nicht umsetzen. Die Einschränkung der Aufgabenwahrnehmung lag allerdings nicht in einer verschobenen Priorisierung der Tätigkeiten, sondern in den Corona-Verordnungen des Landes Hessens. Sobald sich durch Änderungen der Verordnung neue Handlungsoptionen ergeben, reagiert das Jugendamt entsprechend und nimmt die bisher eingeschränkten Tätigkeiten wieder auf. Beispielsweise können hier wiederaufgenommen Vertragsgespräche mit den freien Trägern oder die Neukonzipierung der Ferienbetreuung genannt werden.

Aufgrund der aktuellen Belastungssituation verschoben werden musste die Einführung des digitalen Anmeldesystems Little Bird für die Kinderbetreuung. Hier sind aber bereits Folgetermine vereinbart.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Haben alle Eltern bereits Zusagen für die benötigten Kita-Plätze (U3 und Ü3) im neuen Kitajahr erhalten und konnten alle Bedarfe gedeckt werden? Falls nicht, nach welchen Kriterien wurde entschieden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

In der Universitätsstadt Marburg erfolgt die Platzvergabe für das jeweils neue Kindergartenjahr in einem aufwändigen Prozess in Abstimmung mit den freien Trägern etwa ab Februar des entsprechenden Jahres.

Für das Kindergartenjahr 2020/2021 sind überwiegend die Plätze vergeben. Nicht in allen Fällen kann der Betreuungswunsch von Familien erfüllt werden - zumindest was z. B. Betreuungszeiten (14.00 Uhr oder 17.00 Uhr-Plätze) oder den Betreuungsbeginn ab dem ersten oder dem dritten Lebensjahr angeht.

Bei der Vergabe von Kindergartenplätzen kommen verschiedene Aspekte zur Anwendung, die jeweils bei der Entscheidung berücksichtigt werden.

Kriterien können sein:

- Berufstätigkeit beider Eltern/Alleinerziehende
- Sprachförderbedarf/Integrationsnotwendigkeit
- Soziale Gründe/Kinderschutz/Krankheit der Eltern
- Geschwisterkind
- Alter des Kindes/z. B. Zuzug
- Sonstiges

In vielen Fällen kommen in den Familien mehrere der o.g. Aspekte zum Tragen, auch das fließt bei der Platzvergabe ein. Die Kriterien sind daher nicht in der Form eines Rankings zu verstehen, sondern die Situation in den einzelnen Familien wird in ihrer Gesamtheit berücksichtigt.

Gesehen auf die Gesamtstadt könnte allen Familien ein Betreuungsangebot gemacht werden. Es zeigt sich allerdings, dass die Nachfrage in einzelnen Stadtteilen besonders hoch ist und die meisten Eltern natürlich ein wohnortnahes Angebot benötigen.

Die Platzvergabe wurde in diesem Jahr auch stark durch die Corona-Situation beeinflusst. Durch das Betretungsverbot/die Verordnungen der hess. Landesregierung konnten über viele Wochen keine Eingewöhnungen stattfinden, so dass es auch hier zu zeitlichen Verschiebungen bei den Aufnahmen kommen muss.

Besonders herausfordernd ist die Situation der Platzvergabe aktuell in Cappel und am Richtsberg. Auch in diesem Jahr können dort die Kinder oft nicht direkt ab dem 1. oder dem 3. Lebensjahr aufgenommen werden, sondern die Aufnahme muss in Absprache mit den Eltern auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

In Cappel können nun kurzfristig zusätzliche 20 Plätze für einen befristeten Zeitraum geschaffen werden und damit kann der Bedarf zunächst bis zum Start des Kindergartenjahres 21/22 abgedeckt werden (Magistratsbeschluss noch in Arbeit, liegt noch nicht vor). Auch auf dem Richtsberg werden aktuell mehrere bauliche Optionen konkreter geprüft, um zeitnahe Entlastung zu schaffen (Anmietung des Hausmeisterbungalows RGS und Einrichtung einer Wald- und Wiesengruppe am oberen Richtsberg).

Mit der Einführung des Elternportals „Little Bird“ für das Kita-Jahr 21/22 ist neben einer deutlich optimierten Platzverwaltung auch die Hoffnung verbunden, dass die Bedarfe verlässlicher und platzgenauer ermittelt werden können.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Inwiefern ist der Magistrat tätig geworden, nachdem öffentliche Vorwürfe im Kontext der Anti-Rassismus-Kundgebung am 6. Juni bekannt wurden, in denen dem Betreiber einer bekannten Marburger Oberstadt-Kneipe (Bar mit Tanzmöglichkeit) vorgeworfen wird, dass zahlreiche Zutrittsverweigerungen auf Grund von Hautfarbe oder anderen äußeren Merkmalen erteilt wurden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 7 - Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung, Migration und Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg hat eine klare Haltung gegen rassistische Diskriminierung und geht solchen Vorhaltungen immer nach. Allerdings sind dazu genauere Informationen über die tatsächlichen Vorgänge nötig.

Kenntnis von den Diskriminierungsvorwürfen hat der Magistrat durch die Berichterstattung über die Kundgebung erhalten. Eine offizielle Beschwerde zu dem Sachverhalt liegt bislang weder beim Ordnungsamt noch beim städtischen Gleichberechtigungsreferat vor.

Der Magistrat hat Kontakt zum Wirt der betreffenden Kneipe aufgenommen und um Klärung des Sachverhalts gebeten. Eine Antwort hierzu steht noch aus.

Um weitere Unterstützung anzubieten, bemüht sich der Magistrat darum, über die Anmelderin der Kundgebung den Kontakt zu der Person, die von rassistischer Diskriminierung berichtet hat, herzustellen. Dies ist bislang leider nicht gelungen.

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg empfiehlt öffentlich, sich in konkreten Fällen von Diskriminierung möglichst zeitnah an das städtische Gleichberechtigungsreferat oder an die Antidiskriminierungsstelle des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration zu wenden. Dann können diskriminierende Vorfälle dokumentiert werden und Betroffene wie auch Zeug*innen gezielt Beratung und Unterstützung erhalten.

Eine Übersicht über Melde- und Beratungsstellen bei unterschiedlichen Diskriminierungsformen findet sich außerdem unter: <https://marburgmachtmit.de/page/dialog-vielfalt> .

Die Einrichtung einer mobilen Antidiskriminierungsberatung, die auch in Marburg angeboten werden soll, wird aktuell vom Verein Antidiskriminierung Mittelhessen e. V. vorbereitet, bei dem die Universitätsstadt Marburg Gründungsmitglied ist (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung VO/6612/20019). Eines der Ziele des Vereins ist es, die genannte mobile Antidiskriminierungsberatung für Mittelhessen aufzubauen.

Schließlich hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung am 31. Januar 2020 das umfangreiche Handlungskonzept für „Vielfalt und Dialog – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“ mit verschiedenen Handlungsansätzen vorgelegt. Als Teil des Handlungskonzeptes fördert die Universitätsstadt Marburg bis Ende 2022 Projekte von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich Dialog und Vielfalt. Eine Förderrichtlinie für Projekte, die z. B. zu Diskriminierungsthemen wie Rassismus oder Antisemitismus arbeiten, zum Abbau von Vorurteilen und zur Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt beitragen oder sich gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit stark machen, wurde am 8. Juni 2020 im Ma-

gistrat beschlossen. Weitere Informationen zum Handlungskonzept finden sich unter: <https://marburgmachtmitt.de/page/dialog-vielfalt>

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wann wurden die Kaltmieten bei der GeWoBau im laufenden Mietverhältnis in den letzten 10 Jahren angehoben, gilt der Mietendeckel auch für Anschlussvermietungen und wie hoch sind Mieterhöhungen - falls erfolgt - in den letzten Jahren ausgefallen?

Stellungnahme/Antwort durch:	GeWoBau Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die letzten Mieterhöhungen im freifinanzierten und ehemals öffentlich geförderten Wohnungsbestand der GeWoBau sind zuletzt im Jahr 2006 erfolgt.

Die Kaltmieten bzw. die darin enthaltenen Verwaltungskosten- und Instandhaltungskostenpauschalen für die ca. 800 öffentlich geförderten Sozialwohnungen sind indiziert und werden alle drei Jahre an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex angepasst. Die letzte Anpassung datierte zum 1.1.2020. Danach stieg die Verwaltungskostenpauschale um 1,15 Euro auf 24,87 Euro pro Wohnung sowie die Instandhaltungskostenpauschale abhängig vom Baualter zwischen 3,6 ct/qm bis 5,8 ct/m².

Die nächste gesetzliche Anpassung ist für den 01.01.2023 vorgesehen.

Der Mietendeckel, der im Zusammenhang mit der Pandemie festgelegt wurde, gilt für Bestandsmieten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie hoch bei der letzten Sitzung des Beteiligungsbeirats am 09.06.2020 die Anzahl der Teilnehmenden insgesamt war und ob es eine Beschränkung der Redezeit gab?

Stellungnahme/Antwort durch:	7.2 Bürgerbeteiligung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

An der Sitzung des Beteiligungsbeirates nahmen insgesamt 18 Teilnehmende aus der Bürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung teil. Außerdem waren 3 Mitarbeitende der Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung als Geschäftsstelle des Beteiligungsbeirates anwesend. Es gab keine Beschränkung der Redezeit. Jedoch hat die Moderationsgruppe bestehend aus zwei Bürgern und der Leitung der Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung auf kurze Wortbeiträge und ein pünktliches Ende der Sitzungszeit nach zwei Stunden geachtet.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Wird es in diesem Jahr eine Ausschüttung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf an die Universitätsstadt Marburg geben und wenn ja, auf welche Höhe beliefe sich diesjährige Ausschüttung?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Auf Empfehlung der EZB, die über den Sparkassen- und Giroverband auch an die Sparkasse Marburg-Biedenkopf weitergegeben wurde, wird die Möglichkeit einer Ausschüttung der Sparkasse an ihre Träger erst nach dem 01.10.2020 von der Sparkasse geprüft werden. Der Haushaltsansatz 2020 für eine mögliche Ausschüttung beträgt 1 Mio. €.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Welche tatsächlich zulässige rechtliche Möglichkeiten gäbe es gegenwärtig für den Magistrat, eine (tageszeitlich begrenzte) Geschwindigkeitsreduzierung im Bereich Marbacher Weg und Emil-von-Behring-Straße überhaupt veranlassen zu können?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Gemäß der Straßenverkehrsordnung (StVO) beträgt die zulässige Höchstgeschwindigkeit innerorts grundsätzlich 50 km/h. Der Straßenzug Marbacher Weg/Emil-von-Behring-Straße ist eine Landesstraße.

Nach einem Erlass des hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung kommen Geschwindigkeitsreduzierungen auf Landesstraßen auf unter 50 km/h auf Streckenabschnitten nur in Betracht, wenn

- es wegen baulicher Gegebenheiten notwendig ist (z.B. fehlende Gehwege),
- das Unfallgeschehen erheblich über dem vergleichbarer Streckenabschnitte liegt oder
- der Zugang zu einer Kindertagesstätte oder Schule der Grundstufe oder Sekundarstufe I unmittelbar von der betreffenden Straße erfolgt.

Nach Angaben des regionalen Verkehrsdienstes der Polizei, bei dem alle polizeilich gemeldeten Unfälle registriert werden, liegt für den Marbacher Weg kein auffälliges Unfallgeschehen vor, so dass die in den rechtlichen Vorgaben geforderten Voraussetzungen für eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht gegeben sind.

Eine weitere Möglichkeit ist eine Geschwindigkeitsreduzierung aus Lärmschutzgründen. Zur Prüfung, ob die dafür notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, ist eine Lärmberechnung erforderlich. Diese erfolgt auf der Grundlage einer Verkehrszählung.

Aufgrund von Forderungen nach einer Geschwindigkeitsreduzierung aus dem Ortsbeirat und aus der Bevölkerung war für März dieses Jahres eine Verkehrserhebung geplant. Diese konnte wegen des reduzierten Verkehrsaufkommens in der Corona-Zeit nicht erfolgen. Daher ist für den Herbst dieses Jahres nach Beendigung der Schul- und Semesterferien eine dann hoffentlich repräsentative Verkehrserhebung mit anschließender Lärmberechnung vorgesehen. Anhand der Ergebnisse erfolgt dann die rechtliche Prüfung, ob eine Geschwindigkeitsreduzierung, evtl. auch tageszeitlich begrenzt, in dem angesprochenen Straßenzug möglich ist.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Dr. Fabio Longo
Fraktion / Partei:	SPD

Wie hoch war der Energieverbrauch für den letzten Eispalast und wurden Einsparungen im Vergleich zu früheren Jahren erzielt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 42 - Sport
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Energiekosten für den Eispalast konnten im letzten Winter um über 50 % gesenkt werden. Der Verbrauch sank von 79.650 kWh auf nur noch 35.070 kWh. Die Kosten sanken von 22.358,59 € auf 10.317,65 €. Das Ergebnis ist vor allem deswegen erfreulich, da die Eisfläche im letzten Winter größer war und der Betrieb länger andauerte.

Diese Zahlen sind neben der Umstellung auf LED-Beleuchtung darauf zurückzuführen, dass ein Eishobel angeschafft wurde, der das Eis bei gleichbleibender Qualität auch bei einer geringen Dicke hält. In den Vorjahren wurden immer neue Schichten mit Wasser auf das Eis gespritzt. Auch der Wasserverbrauch ist dadurch enorm gesunken. Der exakte Umfang konnte aber nicht ermittelt werden, da keine gesonderte Wasseruhr eingebaut wurde.

Der Eishobel kostete 13.663,- € brutto. Davon sind 8.000,- € Spende abzuziehen, die der Fachdienst Sport von der Firma Edeka Kempf einwerben konnte. Das Gerät hat sich daher bereits amortisiert.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Warum und wie lange sind Teile der Haspelstraße gesperrt und könnte zur Kompensation der wegfallenden Parkplätze (dort, aber auch an der Frankfurterstr., durch die Erweiterung des Marktes, betreffend Parkbereich 2) überlegt werden den Bereich um das Archiv freizugeben oder alternativ die Anwohner- mit den Parkticket-Parkplätzen zusammenzulegen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für notwendige Kanalsanierungsmaßnahmen war lediglich der obere Teil der Haspelstraße zwischen Wilhelmstraße und Universitätsstraße in der 25. Kalenderwoche für zwei Tage gesperrt. Für Maßnahmen von derart kurzer Dauer wäre der Aufwand für eine wie in der Anfrage angeregte Kompensationsmaßnahmen unverhältnismäßig.

Durch die aufgrund der Corona-Pandemie erfolgte räumliche Ausdehnung des Wochenmarktes sind Parkplätze in der Frankfurter Straße im Regelungsbereich 2 jeweils nur Mittwoch- und Samstagvormittag betroffen. Die Parkplätze um das Archiv befinden sich aber im Regelungsbereich 1.

Derzeit ist nicht absehbar, wie lange und auf welcher Fläche die Ausdehnung des Wochenmarktes weiterhin bestehen bleibt. Bei evtl. Änderungen können Parkplätze an der Frankfurter Straße aus Richtung Gutenbergstraße auch zu Marktzeiten für die Bewohner wieder zur Verfügung gestellt werden.

Der Ortsbeirat Südviertel hat angeregt, die Parkplätze auf einer Seite der Haspelstraße durch eine Radspur gegen die Einbahnrichtung zu ersetzen.

Um zu prüfen, ob Optimierungen möglich sind, werden auch die derzeit geltenden Parkregelungen im gesamten Südviertel bei der Erstellung des Verkehrs- und Mobilitätskonzeptes mit untersucht.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Wieviele Bargeldlos-Nutzer konnte die Stadt seit der Aufstellung der neuen Parkuhren verzeichnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Seit dem Projektstart im Februar 2020 wurden insgesamt ca. 3.200 Parktickets bargeldlos durch die Digitale Bezahlungsfunktion von Parkscheinen gelöst.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, warum man gerade vor klimatischen und bürgernahen Hintergründen am Konzept der kurzen Wege insbesondere im Wohnquartier Cappel die Verwaltungsaußenstelle nicht weiter durch einen Mitarbeiter (sobald dieser in den wohlverdienten Ruhestand geht) neu nach besetzen will?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Verwaltungsaußenstellen sind derzeit aufgrund der besonderen Corona-Situation für den Publikumsverkehr geschlossen, da in der Stadtverwaltung Arbeitsplätze für Mitarbeiter mit besonderem Risiko, d.h. ohne Publikumsverkehr benötigt wurden. Es ist geplant, die Verwaltungsaußenstellen im Laufe der Sommerferien wieder zu öffnen. Gleichzeitig soll das Stadtbüro dann wieder ohne vorherige Terminabsprache geöffnet werden. Mit Ruhestandsversetzungen hat die derzeitige Situation nichts zu tun.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni 2020

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Welche Kenntnisse hat der Magistrat der Stadt Marburg um die drohende Schließung des Kabelherstellerunternehmens Monette?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat von der drohenden Schließung der Monette GmbH vor einigen Wochen bei einem Austausch mit der IG-Metall erfahren. Dieser Austausch war anlässlich der Corona-Pandemie vom Oberbürgermeister initiiert worden, um sich persönlich über die aktuelle Problemlage und mögliche Lösungswege aus Sicht der DGB-Gewerkschaften zu informieren. Aus diesem Gespräch hat der Magistrat Impulse für Marburg Miteinander mitgenommen.

In diesem Gespräch sind wir auch auf die Situation der Monette GmbH hingewiesen worden. Der Oberbürgermeister unterstützt die Beschäftigten in ihrem berechtigten Interesse nach sicherer und gut bezahlter Beschäftigung und fairem Umgang. Hierzu befindet sich der Magistrat fortdauernd in Gesprächen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister